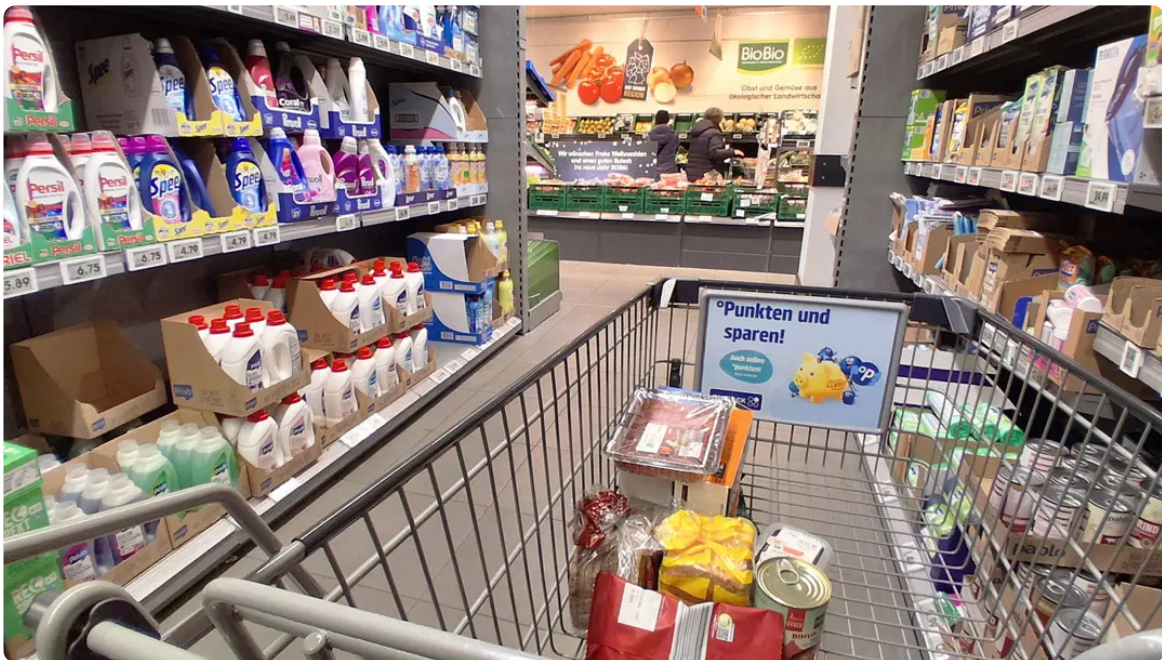


POLITIK

Sozialdemokraten wollen Lebensmittelpreise regulieren: Bauernverband lehnt SPD-Pläne als „sozialistisch“ ab



Als Vorbild dient ein Modell aus Griechenland, wo die Regierung bereits 2022 einen staatlich begleiteten „Haushaltskorb“ eingeführt hatte.

12.01.2026 - 17:42 Uhr

REDAKTION

Die SPD hat einen Aktionsplan vorgelegt, der den Preisanstieg bei Lebensmitteln stoppen soll. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Esra Limbacher sagte in der *Rheinischen Post*: „Steigende Lebensmittel sind für Menschen mit geringem oder

mittlerem Einkommen kein abstraktes Problem, sondern eine tägliche Belastung.“

Als Vorbild nennt die SPD einen staatlich begleiteten „Haushaltskorb“, genannt „Deutschlandkorb“. Er soll günstige Grundnahrungsmittel umfassen, bevorzugt aus heimischer Produktion. Die Preise sollen möglichst stabil bleiben. Man wolle die Handelsketten dazu bewegen, ausgewählte Produkte des täglichen Bedarfs zu vergünstigten Preisen anzubieten.



Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Esra Limbacher

„Preise bilden sich durch Angebot und Nachfrage“

Der Deutsche Bauernverband lehnt den Plan kategorisch ab. Präsident Joachim Rukwied: „Preise bilden sich am Markt durch Angebot und Nachfrage – nicht durch ein sozialistisch festgelegtes Körbchen. Damit die Preise nicht weiter steigen, muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen verändern.“ Rukwied weiter: „Wir haben einen deutlichen Anstieg der Lebensmittelpreise an der Ladentheke zu verzeichnen. Das liegt aber im Wesentlichen an den gestiegenen Kosten: Energie, Betriebsmittel bis hin zum Wasser – alles ist deutlich teurer geworden.“

Auch würden die Lohnkosten ständig steigen und sich der Aufwand für Bürokratie von Jahr zu Jahr erhöhen. „Das sind die Treiber für die gestiegenen Lebensmittel.“ Zugleich sinke der Anteil am Verkaufspreis für Lebensmittel weiter, den die Landwirtschaft erhalte. „Es kann nicht

funktionieren, dass wir zu deutlich höheren Standards als außerhalb Deutschlands der EU erzeugen, unsere Preise sich aber am Weltmarkt orientieren.“

Mehr NIUS:

ARD-Umfrage: SPD fällt auf historisches Tief –
Union vorn, AfD stabil auf Platz zwei

KOMMENTARE

Zeige 1 von 9

Uwe G.

12. Januar 2026, 18:10

Als gelernter DDR-Bürger hatte ich gehofft, nach 1989 in (wirtschaftlicher) Freiheit zu leben und diesen Vorgaben bei persönlicher Meinung und Bedarf entronnen zu sein. Für unser angeblich zu langes Stillhalten sind wir aus dem ach so aufgeklärten Westen ständig gescholten und belehrt worden. Und werden es noch heute, weil wir mit unserer...

Mehr lesen

 12  0  2 Jetzt kommentieren

 Melden

Marina M.

12. Januar 2026, 17:58

Das deutsche Erfolgsmodell Der sozialen Marktwirtschaft: lang lang ist's her! Erschreckend wie SPD, Linke und Grüne den Sozialismus und die Planwirtschaft herbeisehnen. es ist immer wieder die gleiche Geschichte: jedes Mal aufs Neue sagen die Befürworter, das letzte Mal war's gar kein richtiger Sozialismus, wir machen alles besser! Und jedes Mal wieder endet das Experiment in Armut und Verfall.

 7  0  2 Jetzt kommentieren

 Melden

Zan S.

12. Januar 2026, 18:40

Die SPD ist einfach nur überflüssig, der Sozialismus ist der Todesstoß.

 2  0  1 Jetzt kommentieren

 Melden

Henry G.

12. Januar 2026, 18:06

Die SPD sollte sich lieber um ihre Zahlen der Wahlergebnisse kümmern. Und 2026 werden die Zahlen nicht besser.